

The background of the entire page is a photograph of several umbrellas. Some are red and some are black. They are covered in white and pink graffiti. Visible words include 'STREIK', 'FAMILIE', 'WOMEN', and 'GENDER'.

STREIK ZEITUNG

ZUM 8. MÄRZ 2019

INHALT

§218 & §219A | INTERVIEW MIT GISELA
NOTZ | STRATEGISCHE FEMINISIERUNG
PFLEGEKÄMPFE | FEMINISMUS VON UN-
TEN | 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT



Ein Kompromiss, ist ein Kompromiss... ist kein Kompromiss...

Zur Zeit haben wir es in Deutschland erneut mit einer ätzenden Debatte in Politik und Medien zu tun: Es wird wieder über Schwangerschaftsabbrüche diskutiert. Ausgelöst durch progressive Reformversuche einerseits und frauenverachtende Lebensschützer*innen andererseits soll eine Neuerung her. Während die SPD noch vor 2 Jahren eine Abschaffung des §219a forderte, soll jetzt ein neuer Kompromiss zum sogenannten Werbeverbot gefunden werden. Und obwohl es im Jahr 2019 selbstverständlich sein sollte, sich bei einer ungewünschten Schwangerschaft über Schwangerschaftsabbrüche informieren zu können, wird dieses Recht vehement in Frage gestellt. Schon über den Sinn der Bezeich-

nung „Werbeverbot“ lässt sich streiten. Bei den Debatten zur Abschaffung dieses Paragraphen geht es schließlich nicht um Werbung für Abtreibungen im Sinne von: „Hast du auch keinen Bock auf Kondome? Gönn' dir doch eine Abtreibungsflatrate...“ sondern darum, dass Ärzt*innen kriminalisiert werden, die über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Ein Argument der Abtreibungsgegner*innen ist, dass Ärzt*innen mit den Schwangerschaftsabbrüchen Geld verdienen und Informationen deshalb nicht neutral seien. Allerdings stellt sich die Frage, warum dies ausgerechnet nur bei diesem medizinischen Eingriff ein Problem ist und nicht z.B. bei der Entfernung eines Blinddarms. An vielen Stellen ist die Debatte jedoch noch

weit unsachlicher. Selbsternannte Sittenwächter wie Yannic Hendricks, der zahlreiche Ärzt*innen wegen vermeintlicher Werbung für Schwangerschaftsabbrüche anzeigte, halten Frauen* für nicht ganz zurechnungsfähig und sehen Schwangere nicht selbst in der Lage zu entscheiden, ob sie ein Kind bekommen möchten oder nicht. Doch nicht nur solche sich aufspielenden Mackertypen folgen dieser Argumentation. So hat zum Beispiel die Richterin, die die Gießener Ärztin Christina Hänel nach §219a verurteilt hat, in der Urteilsbegründung geäußert, dass Schwangere auf Grund der hormonellen Veränderungen nicht in der Lage seien, diese Entscheidung zu treffen und vor sich selbst geschützt werden müssten. Solche Äußerungen – egal



omiss,

ob von Richter*innen, Politiker*innen oder selbsternannten Lebensschützer*innen – verweigern Menschen mit Gebärmutter die Selbstbestimmung über ihren Körper. Schwangere stellen sie als unmündige Wesen dar und den Schutz des Ungeborenen über ihre Rechte, Bedürfnisse und Autonomie. Entgegen wissenschaftlicher Erkenntnisse wird schon zu Beginn der Schwangerschaft von einem menschlichen Fötus gesprochen, dem ein Bewusstsein, Gefühle und ein Recht auf Leben zugeschrieben wird, wobei der Schwangeren alle Rechte abgesprochen werden und auf emotionaler Ebene verlangt wird, als Frau* ihre „reproduktiven Pflichten“ zu erfüllen. Bereits lebendes Leben interessiert die sogenannten Lebensschützer*innen dann weniger

– sie stehen nicht vor Kliniken um gegen die Unterversorgung in der Geburtshilfe zu protestieren. Und ist das Kind auf der Welt, sollen Frauen* alleine zusehen, wie sie mit ihrem Kind zurechtkommen.

Ein wenig erinnert die aktuelle Debatte an die Diskussionen um die rezeptfreie Vergabe der „Pille danach“ vor ein paar Jahren. Auch damals gab es einen empörten Aufschrei, man könne Frauen* nicht alleine die freie Entscheidung überlassen, ob sie diese benötigten. Auch wurde ein Szenario heraufbeschworen, das gerade junge Frauen* sorglos ungeschützten Geschlechtsverkehr hätten und die „Pille danach“ anschließend „wie Süßigkeiten“ einnehmen würden. Ärzt*innen bestätigen seit dem freien

Selbsternannte Sittenwächter wie Yannic Hendricks halten Frauen* für nicht ganz zurechnungsfähig und sehen Schwangere nicht selbst in der Lage zu entscheiden, ob sie ein Kind bekommen möchten oder nicht

**Noch immer
wird Frauen* die
Selbstbestimmung über ihr
Leben und ihren
Körper verweigert**

Zugang zur „Pille danach“ zwar einen leichten Anstieg der Vergabebzahlen, die meisten sehen aber einen sehr verantwortungsvollen Umgang ihrer Patient*innen.

Sowohl bei der Debatte um die „Pille danach“ als auch bei der um Schwangerschaftsabbrüche wird deutlich, dass in Deutschland eine freie Entscheidung von Frauen, ob und wann sie Kinder bekommen möchten, keinesfalls gewünscht ist. Stattdessen wird jede Möglichkeit genutzt, um zu suggerieren, dass Frauen moralisch zur Reproduktion verpflichtet wären. Parallel dazu werden Verhütung und die Hauptverantwortung für Kindererziehung einseitig an Frauen* delegiert. In der Debatte sprechen gerade Männer wie der CDU-Abgeordnete Philipp Amthor, die selbst nicht betroffen sind, Frauen* ihr Recht auf Selbstbestimmung ab. Dass nun eine minimale Abschwächung des §219a als herausragender Kompromiss verkauft wird und gleichzeitig eine Studie in Auftrag gegeben wird, die die angeblichen psychischen Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen bei den betroffenen Frauen untersuchen soll, passt da ins Bild. Dabei gibt es bereits Studien, die belegen, dass nach einem Abbruch verschiedene emotionale Zustände auftreten können, die Mehrzahl der Schwangeren jedoch erleichtert ist. Auch sollte klar sein, dass das Fortführen einer ungewollten Schwangerschaft wohl

eine größere emotionale Belastung darstellt als ein Abbruch. Durch eine solche Studie wird erneut die Zurechnungsfähigkeit von Frauen hinsichtlich der Entscheidung zu einem Schwangerschaftsabbruch in Frage gestellt. Dass Frauen selbst über ihren Körper bestimmen dürfen und gleichzeitig mit der Entscheidung über die Schwangerschaft verantwortungsvoll umgehen ist kein Bild aus einer entfernten Zukunft. In Kanada ist bis zur Geburt der Abbruch legal und trotzdem ist die Zahl der Spätabbrüche bei unter einem Prozent – genauso wie in Deutschland.

Diese Debatten zeigen, dass es in Deutschland viele Menschen für richtig halten, Frauen* die Selbstbestimmung über ihr Leben und ihren Körper zu verweigern. Aber das macht zu Recht auch viele Menschen sehr wütend! Die Frage um die Zukunft von §218 und §219a ist noch nicht entschieden, jetzt ist die Zeit, für sexuelle Selbstbestimmung und das Recht auf freie Bestimmung über den eigenen Körper einzustehen, dafür auf die Straße zu gehen und die Wut über schlechte Kompromisse auf vielfältige Weise deutlich zu machen! §218 und §219a gehören abgeschafft! Informiert euch über kommende Aktionen und Demos – der Kampf geht weiter!



„Die Idee lag einfach in der Luft“

Interview mit Gisela Notz

Was für zahlreiche ältere Feministinnen eine bleibende Erfahrung war, ist vielen jüngeren Aktivist*innen unbekannt: Bereits am 8. März 1994 streikten in Deutschland rund eine Million Frauen* gegen den gesellschaftlichen Rollback im Zuge der „Wiedervereinigung“. Wir wollten mehr zu diesem fast schon historischen Ereignis wissen und haben einer der damaligen Organisatorinnen, Gisela Notz, einige Fragen gestellt.

Wie entstand damals die Idee zum Frauenstreik?

Für mich war es eine tolle Erfahrung, dass sechs Frauen, die gemeinsam von einer Konferenz von Kassel nach Bonn und Köln fuhren sagten: „Ja, wir organisieren den Streik“. Wir hatten während der Konferenz darüber diskutiert, dass die „deutsche Wiedervereinigung“ zu einem frauenpolitischen Rollback in den ostdeutschen, zunehmend aber auch in den „alten Bundesländern“ geführt hatte. Wir wollten uns gegen den Abbau von Erwerbsarbeitsplätzen und von Sozialleistungen und Selbstbestimmungsmöglichkeiten und gegen die zunehmende Gewalt gegenüber Frauen sowie gegen die Kriegsbeteiligung und einiges andere wehren und dachten über einen Aktionsrahmen nach, der breit genug war, für die unterschiedlichen Anliegen von Frauen aus Ost und West, von Migrantinnen, Arbeiterinnen, Erwerbslosen, Hausfrauen – allen Frauen.

Was für Frauen waren beteiligt? Wie habt ihr „Frauen“ definiert?

Nachdem wir uns zuerst alleine und dann mit anderen Frauen trafen, die wir angesprochen haben oder die dann einfach kamen, waren auch wirklich alle Frauengruppen vertreten: autonome Frauen, Gewerkschaftsfrauen, Parteifrauen, Kirchenfrauen, Künstlerinnen, Migrantinnen, kommunale Frauenbeauftragte, Frauen mit Beeinträchtigungen, Handwerkerinnen, Arbeiterinnen, Studentinnen, Ost- und Westfrauen, Lesben und Heteras und alle anderen, die sich selbst als Frauen definierten. Wir haben uns nicht auseinander dividieren lassen.

Welche Verbündeten habt ihr euch gesucht?

Wir betrachteten alle Frauen* als Verbündete, die unseren Streikaufruf unterstützten, mit uns die Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse teilten, und etwas dagegen tun wollten.

Wie habt ihr euch für die Vorbereitungen organisiert? Zentral? Gab es in verschiedenen Städten „Streikkomitees“?

Wir haben uns selbst ermächtigt und uns zum bundesweiten Streikkomitee Köln/Bonn ernannt. Ziemlich bald kam der Unabhängige Frauenverband Berlin (UFV) mit einem Streikkomitee vor allem für die Berlinerinnen und die „Ostfrauen“ hinzu. Wir



Gisela Notz ist Sozialwissenschaftlerin, Historikerin und freiberufliche Autorin. Einige Jahre war sie Bundesvorsitzende von profamilia. Sie lebt und arbeitet in Berlin.

„Über die Entstehung des bundesweiten Frauenstreiks am 8. März 1994 gibt es verschiedene Erzählungen, keine behauptet die einzig richtige zu sein. Ich berichte darüber, wie ich die Zeit erfahren habe“



„Wir erhofften uns, dass die feministische Frauenbewegung politisch wieder hörbar und sichtbar wird, dass eine neue Ost-West-Frauenbewegung entsteht“

einigten uns auf einen Streikaufruf und sammelten Unterschriften (per Post, Postkartenaktionen, Fax und Telefon – andere Medien gab's noch nicht). Bald bildeten sich regionale und kommunale Streikkomitees und „Verteilerstellen“ in allen größeren und kleineren Städten und auch Landkreisen. Schließlich waren es über einhundert solcher Vernetzungszentren.

Bundesweite Treffen fanden in der Gesamthochschule Kassel statt. (So hieß die Uni damals, weil sie mal eine Reformuni war.) Die Universität wimmelte von streikbereiten Frauen*. Wir druckten Streikzeitungen, Spuckis, Plakate, Aufkleber, ließen Buttons und Stempel anfertigen... Wir richteten eine Ideenbörse für Streikaktionen – auch für betriebliche – ein. Die einzelnen Streikkomitees nahmen Kontakt zu den lokalen Medien auf. Es gab auch viele zusätzliche Aufrufe.

Was habt ihr euch vom Streik erhofft? Was wolltet ihr erreichen?

Wir wollten, dass viele Frauen* sich anschließen, dass wir zum Machtfaktor werden. Der Aufruf Schluss! Uns reicht's! war auch ein Aufschrei. Wir gingen von einem erweiterten Arbeitsbegriff und von einem erweiterten Streikbegriff aus und wollten die bezahlte Arbeit in Produktion und Verwaltung ebenso bestreiken, wie die unbezahlte Arbeit in Haushalt, Familie, Wohngemeinschaften und

im sozialen Ehrenamt. Wir erhofften uns, dass die feministische Frauenbewegung politisch wieder hörbar und sichtbar wird, dass eine neue Ost-West-Frauenbewegung entsteht, die die Interessen von Frauen konsequent und kontinuierlich öffentlich macht und Aktionen und Kampagnen auch nach dem Streik organisiert werden.

Was ist am Streiktag selbst passiert?

Über eine Million Menschen waren auf der Straße; vom Kap Arkona bis zur Zugspitze. Auch Frauen, die nicht bei einem Streikkomitee oder -plenum waren, beteiligten sich. Es gab vielfältige Aktionen, Kampagnen und auch punktuelle Arbeitsniederlegungen, Frauenfrühstücke während der Arbeitszeit, fünf-vor-zwölf Aktionen in und außerhalb der Betriebe. Unter dem bundesweiten Motto „Jetzt schlägt's 13“ nahmen die Aktionen aufeinander Bezug. Ich kann sie nicht alle aufzählen, wir haben anschließend eine Dokumentation erstellt.

Wie habt ihr den Frauenstreik im Nachhinein bewertet?

Für uns war der FrauenStreikTag '94 ein Meilenstein, ein Erfolg. Schon weil Frauen der unterschiedlichsten Hintergründe einen politischen Rahmen akzeptierten und darin agierten. Er hat nicht das Land lahmgelegt, wie manche von uns es sich erträumt

existiert, aber keine Wirkmächtigkeit hat. Für die autonomen Frauen kam eine Parteigründung nicht in Frage. In Kassel hatten wir die Hoffnung, trotz der unterschiedlichen Vorstellungen zusammen zu bleiben. Das hat sich als Trugschluss erwiesen. Die Parteigründung schwächte die Vernetzungszentren, die noch eine Weile arbeiteten, sich von den damit verbundenen Auseinandersetzungen jedoch nicht erholten. Der erhoffte Beginn einer starken Frauenbewegung blieb aus. Strukturen lösten sich auf, darunter 1998 der UFV und 2008 die „beiträge zur feministischen theorie und praxis“.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede siehst du zwischen dem Streik heute und damals?

Die meisten der damals gestellten Forderungen haben sich bis heute nicht erledigt. In einigen Bereichen – zum Beispiel in Bezug auf die Prekarisierung am Arbeitsmarkt, die Altersarmut, die Gewalt gegen Frauen und den Umgang mit den Flüchtlingsfrauen – haben sich die Probleme verstärkt. Auch ist der §218 nicht aus dem StGB gestrichen, sondern durch eine Zwangsberatung verstärkt worden. Auch im Blick auf §219a haben sich die selbsternannten „Lebensschützer“ durchgesetzt und die Frauenhäuser sind wie eh und je unterfinanziert aber überfüllt. Nicht mehr zu übersehen ist der Rechtsruck in unserer Gesellschaft.

„Der Gedanke zum Frauenstreik muss heute nicht neu erfunden werden“

Höchste Zeit also, dass Frauen* ihren Protest 2019 wieder auf die Straße tragen.

Der Gedanke zum Frauenstreik muss heute nicht neu erfunden werden. Die großen Demonstrationen zum Frauen*kampftag seit einigen Jahren haben gezeigt, dass Frauen* nicht alles hinnehmen. Längst ist es Konsens, dass sowohl bezahlte, als auch unbezahlt geleistete Arbeit verweigert werden soll. Soziale Medien erleichtern die Mobilisierung. Die heute beteiligten vornehmlich jungen Aktivistinnen nennen sich selbstbewusst Feministinnen und lassen sich inspirieren von den Kämpfen der Feministinnen aus den USA, Spanien, Irland, Polen und anderen Ländern. Sie haben von vornherein konzipiert, dass ein Tag alleine nicht ausreicht. Die internationalen Proteste wirken ansteckend und solidarisiert zugleich. Die breiten Bündnisse, die sich zur Zeit bilden, machen Hoffnung, dass der Kampf um „gleiches Recht für alles, was Menschengesicht trägt“, den die Textilarbeiterinnen von Crimmitschau 1869 in ihrem Streikaufruf formulierten, weiter geht.

hatten – und wie es den Isländerinnen 1975 gelungen war. Aber er hat etwas ins Rollen gebracht, woran angeknüpft werden sollte. In einem Vorbereitungsartikel schrieben wir: „Der FrauenStreikTag '94 wird der Auftakt sein. Weitere Aktionen werden folgen.“ Das ist nicht wirklich gelungen.

Gab es eine noch im Nachhinein bestehende Vernetzung zwischen den Organisatorinnen, wurde eine Wiederholung diskutiert?

Die Kasseler Treffen wurden auch nach dem Streiktag fortgesetzt, eine Wiederholung des Streiks selbst war nicht vorgesehen. Am 16. April 1994 fand in Kassel eine Nachbetrachtung der Aktionen statt. Einige weitere Konferenzen folgten, das Interesse ließ nach. Die damalige Krise der Frauenbewegung konnte nicht überwunden werden. Wir vom Köln/Bonner Streikkomitee und auch andere wollten das neu entstandene Aktionsbündnis weiterführen, zu einem regional und bundesweit arbeitenden handlungsfähigen Bündnis. Schließlich hatte es die bis dahin zersplitterte Frauenbewegung erfolgreich zusammengeführt. Auch der 6. Kongress des UFV im Juni 1994 in Berlin stand unter dem Motto: „Was kommt nach dem FrauenStreikTag?“ Auf einer Folgekonferenz im Juni 1995 in Kassel wurde die feministische Partei DIE FRAUEN gegründet, die heute noch



Quoten sind nicht genug

**Plädoyer für die
Feminisierung
politischer Praxis**

**Diese neue Art
Politik zu machen
und zu begreifen
fordert die etablierten
Strukturen heraus**

In der spanischen und katalanischen Linken geht ein Gespenst um, das Gespenst der Feminisierung. Von kommunalen Bürgerplattformen über Stadtteilversammlungen bis zu linken und antikapitalistischen Jugendgruppen steht die strategische Feminisierung ganz oben auf der Tagesordnung. Diese neue Art Politik zu machen und zu begreifen fordert die etablierten Strukturen heraus. Für manchen stellt sie eine gefährliche Bedrohung dar. Eine Bedrohung für die alten Männerbünde, die Königstreuen, Familienpatriarchen, korrupten Beamten, besserwissenden Politmacker, sexistischen Bosse und faulen Ehemänner. Eine derartige Veränderung in der politischen Praxis will das Patriarchat an seiner Wurzel packen. Es ist kein theoretischer

Ansatz, sondern die Praxis die den Unterschied macht. Es ist keine Idee wie eine noch zu erkämpfende Zukunft aussehen könnte, sondern findet hier und heute statt.

Eine Feminisierung der Politik bezieht sich insbesondere auf drei Bereiche. Es geht erstens um die Gleichstellung der Geschlechter im politischen Alltag. Zweitens geht es um eine Politik, die die stereotypen und hierarchisierten Geschlechterrollen grundlegend in Frage stellt und so patriarchale Strukturen direkt angreift. Drittens geht es darum, eine andere Art von politischer Praxis zu betreiben. Soziale Beziehungen, die Rolle der Gemeinschaft und Solidarität müssen wieder verstärkt in den Mittelpunkt rücken. Es geht also um

mehr als die paritätische Aufteilung von Ämtern und Aufgaben oder die Frage, ob auf der Veranstaltung einer linken Gruppe auf der Bühne gleichviele Männer* und Frauen* sitzen. Diese dritte Dimension der Feminisierung zielt auf die patriarchalen Muster der Politik. Muster, die beispielsweise Konkurrenzdenken, Hierarchie, Unfehlbarkeit oder Ideale physischer und psychischer Stärke belohnen. Teil der politischen Landschaft zu sein, soll nicht davon abhängen, ob du ein starker, arroganter und extrem selbstbewusster Mann bist. Die patriarchalen Muster fordern dies und fördern diejenigen, die so auftreten. Eine Feminisierung der Politik bedeutet eine Fokussierung auf das „Wie“ in der politischen Praxis und stellt die Trennung von Privatem und Politischem infrage.

Strategische Feminisierung zielt nicht darauf ab, eine spezifisch „weibliche“ Art der Politik herauszuarbeiten, sondern darauf, die männliche Hegemonie – sowohl in Bezug auf Machtpositionen, als auch Verhaltensweisen – anzugreifen. Dem wird ein Modell entgegengestellt, das auf Solidarität statt Konkurrenz basiert, das auf inklusive Ansätze und Vielfalt statt dem Durchsetzen der eigenen reinen Lehre beruht, das bereit ist zu lernen und sich zu entwickeln statt immer

auf alles eine Antwort zu haben, das sich an den Sorgen und Nöten der Menschen im Viertel oder der Stadt orientiert und nicht eine möglichst ideale und „saubere“ (Sub-)kultur pflegt. Das bedeutet auch, dass die männlichen Genossen ihre Privilegien und patriarchalen Handlungsweisen selbstkritisch hinterfragen, aktiv abtreten und Verantwortung in der Geschlechterfrage übernehmen.

Die Fokussierung auf das „Wie“ in der politischen Praxis kann uns vielleicht nicht sagen, wie genau eine andere Gesellschaft aussehen wird, welche Ökonomie wir nach dem Kapitalismus brauchen, oder was sonst noch notwendig ist. Aber sie ist elementar für den Weg dorthin. Und das Wichtigste, wir können jetzt damit beginnen und heute die Welt von Morgen gestalten.

**Feminisierung
fokussiert auf
das „Wie“ in
der politischen
Praxis und stellt
die Trennung
von Privatem
und Politischem
infrage**



Mehr von euch ist besser für alle

Bündnisse unterstützen die Beschäftigten und entfalten eine breite Bewegung, die über die Krankenhäuser hinaus geht

Seit einigen Jahren sorgen die Beschäftigten einer Branche für viel Aufsehen. Es finden kämpferische Streiks statt. Und es sind erfolgreiche Arbeitskämpfe. Das alles spielt sich nicht etwa in der Exportwirtschaft ab, sondern in der Pflege. Sie ist eine Branche, die nicht für Arbeitskämpfe und gewerkschaftliche Organisierung bekannt war. Vielmehr galt das Gegenteil: die Pflege von Menschen sei eine Profession, deren Motivation nicht im Lohn und guten Arbeitsbedingungen liege, sondern irgendwas mit Nächstenliebe zu tun hat. Dieses Bild bekommt Risse, wer genau hinschaut, kann es kaum noch erkennen.

Begonnen hat es am Universitätsklinikum Charité in Berlin, dem größten Krankenhaus Deutschlands. 2015 haben die Beschäftigten dort angefangen, für mehr Personal zu streiken und konnten feste Mindestpersonalzahlen auf den Stationen durchsetzen. Dies war das Thema, das mobilisierte. Das Kapital holt sich den Profit schließlich nicht nur durch miese Löhne, sondern verstärkt auch durch Arbeitsverdichtung. Nach den

Erfolgen an der Charité folgten andere Städte. Zuletzt konnte ein Tarifvertrag für mehr Personal in Düsseldorf und Essen durchgesetzt werden. In vielen Städten gibt es Initiativen, die Volksentscheide für mehr Personal vorbereiten. Gesellschaftliche Bündnisse unterstützen die Beschäftigten und entfalten eine breite Bewegung, die über die Krankenhäuser hinaus geht.

In der Pflege arbeiten nach wie vor überwiegend Frauen. Ein Umstand, der dem patriarchalen Muster folgt, dass die Reproduktion der Arbeitskraft der einen Hälfte der Menschheit vorbestimmt sei. Vieles wird unentgeltlich erledigt und wo dies nicht mehr durchsetzbar ist, arbeiten Patriarchat und Kapital Hand in Hand daran, dies möglichst kostengünstig zu halten. Warum die Produktion von Autos wichtiger sein soll, als die Pflege von Menschen, kann niemand logisch erklären und trotzdem sind die Arbeitsbedingungen meilenweit voneinander entfernt. Dort sind es überwiegend Männer, hier sind es überwiegend Frauen.



Unermüdlich wird das Narrativ sozialer Berufe beschworen. Egal ob es die Erzieherin, oder die Krankenschwester ist; die Fürsorge ist der Mittelpunkt der Arbeit. Geld ist sekundär, die Zufriedenheit im Job ist abhängig vom Wohlergehen der Anderen. Es ist ein Narrativ, das Reproduktionsarbeit von klassischer Produktion trennt, sie abwertet und als weniger bedeutend in der kapitalistischen Ökonomie darstellt. Es sei keine harte Arbeit, sondern das Ausleben einer sozialen Ader. Dieses Narrativ erschwert den Kampf gegen die stattfindende Ausbeutung. Im Feminismus sprechen wir von doppelter Ausbeutung, im Arbeitskampf findet sich der doppelte Druck. In jedem Arbeitskampf herrscht Druck; der Lohn wird nicht gezahlt, es drohen Repressalien, manchmal ist der eigene Arbeitsplatz gefährdet. Die Verweigerung entlohnter Reproduktionsarbeit erzeugt weiteren Druck. Die Verweigerung solcher Arbeit trifft immer Menschen, die unmittelbar auf Hilfe angewiesen sind.

Es liegt an uns, dagegen zu halten, uns solidarisch zu zeigen. Die aktu-

ellen Auseinandersetzungen in der Pflege sind dafür ein gutes Beispiel. Es ist nicht nur ein Arbeitskampf, der unsere Anerkennung verdient, er braucht unsere Unterstützung. Auch in unserer Stadt gibt es ein Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus, das die Auseinandersetzung in Hamburg vorantreibt. Krankenhäuser gibt's in jedem Stadtteil – hier kann Solidarität praktisch werden! Die streikenden Pfleger*innen der Charité schufen den Slogan „Mehr von uns ist besser für alle“, das solidarische Bündnis machte daraus „Mehr von euch ist besser für alle“.

Es ist kein klassischer Arbeitskampf, es ist ein Kampf für die soziale Transformation. Gesundheit als Ware ist vielleicht *die* Perversion des Kapitalismus und die aktuellen Auseinandersetzungen stellen dieses System in Frage. Sie rücken die Sphäre der Reproduktion in den Mittelpunkt der Kämpfe und lassen nach Jahren der Abwehrkämpfe einen wirklichen Sieg wieder aussichtsreich erscheinen.

Im Feminismus sprechen wir von doppelter Ausbeutung, im Arbeitskampf findet sich der doppelte Druck

Feminismus sprengt alle Ketten

Von den Kämpfen gegen das Verbot von Abtreibungen in Polen, den riesigen Protesten gegen Feminizide und männliche Gewalt in Lateinamerika, über die Streiks für reproduktive Rechte in Island und Südkorea bis zu den weltweiten Großdemonstrationen am 8. März 2018 und dem Frauen*streik in Spanien mit über 5 Millionen Teilnehmer*innen: Weltweit haben Frauen* unterstrichen, dass gesellschaftlicher Fortschritt sich nicht von selbst einstellt, sondern organisiert durchgesetzt und verteidigt werden muss. Und das nicht „nur“ am 8. März.

Dafür hat die globale feministische Bewegung den Streik für sich entdeckt. Der Ansatz ist zwar alles andere als neu, aber sie hat zu einer noch immer zeitgemäßen Praxis zurückgefunden. Die Form des Streiks stellt die Frauen*arbeit und die gesellschaftliche Reproduktion als Ganzes ins Zentrum der Debatte und besinnt sich auf die kollektive Macht, die darin liegt, die eigene Arbeit zurückzuhalten. Nicht zuletzt der reaktionäre Rollback in vielen Ländern hat entschiedenere Aktionsformen notwendig gemacht. Doch

Die Form des Streiks stellt die gesellschaftliche Reproduktion als Ganzes ins Zentrum

auch die angebliche Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern im neoliberalen Kapitalismus stellt sich einmal mehr als Illusion heraus, auf die solidarische und feministische Antworten gefunden werden müssen. Die Existenz von einigen erfolgreichen Karrierefrauen hat an der Wirklichkeit der bezahlten und unbezahlten Haus- und Sorgearbeit, der Brutalität des kapitalistischen Marktes gegenüber Frauen, der institutionellen Diskriminierung von Lesben, Trans-, Interpersonen und Queers, der staatlichen Gewalt gegen geflüchtete Frauen* und der institutionellen Macht gegen weibliche Körper nichts Wesentliches verändert. Während einige privilegierte Frauen* eine gewisse Gleichstellung und Anerkennung erringen konnten, bleibt das Herrschaftsverhältnis von Männern über Frauen* weiterhin bestehen.

Zu tun gibt es also eine ganze Menge. Denn die Unterdrückung manifestiert sich auf unterschiedlichen Ebenen: In Familie und Partnerschaft, dem Staat, in Gesetzen und am Arbeitsplatz. Alle Bereiche der Gesellschaft sind durch die patriarchalen



Geschlechterverhältnisse durchzogen. Der Kapitalismus hat das Patriarchat historisch vorgefunden und auf bestimmte Art und Weise in seine Funktionsweise integriert. Die konkreten Ausformungen haben sich über die Zeit und durch erfolgreiche Kämpfe gewandelt, doch wirkmächtig ist es bis heute.

Die internationalen feministischen Bewegungen wollen das ändern und sind zur stärksten sozialen Bewegung unserer Zeit geworden. Ihre Erfahrungen, Praxis und Ideen stellen die gesamte gesellschaftliche Reproduktion und damit oft auch den Kapitalismus in Frage. Sie verbinden Kämpfe gegen männliche Gewalt, um reproduktive Rechte und sexuelle Selbstbestimmung mit denen gegen Lohnungleichheit, um die Neuverteilung von Haus- und Sorgearbeit und die Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt. Sie stellen sich gegen die verschiedenen Formen gesellschaftlicher Ausschlüsse, vielerorts auch gegen das rassistische Migrationsregime. In ihrer Gesamtheit ist die neue feministische Bewegung die heutige Form, in der verschiedene Subjektivitäten und Kämpfe zusammenfinden.

Dabei verwischt sie zunehmend auch die – ohnehin überbetonten – Grenzen zwischen Feminismus und Klassenkampf. Sie ist vielmehr selbst zu einem Moment der Klassenbildung geworden. In den USA hat die #MeToo-Bewegung für die Beschäftigten im Service-, Haushalts- und Gastronomiesektor neue Öffentlichkeit gebracht, sodass sie Kämpfe für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen führen konnten. Im September 2018 streikten in 10 US-Städten McDonalds-Mitarbeiter*innen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Nur wenige Wochen später legten weltweit Tausende Google-Arbeiter*innen ihre Arbeit nieder, nahmen sich die Straße und protestierten ebenfalls gegen sexuelle Belästigung und für gewerkschaftliche Rechte bei dem vermeintlich modernen Technologie-Giganten. Im schottischen Glasgow haben kommunale Beschäftigte die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen beendet und den gleichen Lohn für alle Arbeiter*innen durchgesetzt. Über zwölf Jahre befanden sich die Frauen* im Arbeitskampf bis sie im Februar 2019 endlich Erfolg hatten.

Die zahlreichen Kämpfe rund um die Welt machen deutlich, dass es um einen Feminismus für alle geht: Für prekäre, erwerbslose und andere lohnabhängige Frauen* mit und ohne Migrationsgeschichte, für Frauen* die im Bereich der sozialen Reproduktion und Sorgearbeiten unsichtbar gemacht werden, für alle die sich kein Stück Freiheit erkaufen können. Die Grenzen eines angepassten, individualisierten und liberalen Feminismus werden mehr und mehr überwunden. Der Streik am 8. März kann dabei dafür genutzt werden, den Feminismus von unten weiter aufzubauen. Einen Feminismus, der sich antipatriarchal, antirassistisch und antikapitalistisch positioniert und die Emanzipation von allen Menschen zum Ziel hat.

Die Abschaffung des Patriarchats ist eine komplexe Aufgabe. Sie bedeutet unzählige Kämpfe und setzt einen langen Prozess der gesellschaftlichen Veränderung voraus. Doch wenn die herrschenden Geschlechterverhältnisse stürzen, werden sie eine Menge der alten Ordnung mit sich reißen. Was könnte uns Besseres passieren?





Taten nicht Worte

100 Jahre Frauenwahlrecht

Wenn wir heute auf die Straße gehen und ein Recht auf straffreie Schwangerschaftsabbrüche fordern, für eine geschlechtergerechte Bezahlung kämpfen oder uns für eine gesellschaftliche Aufwertung (unbezahlter) Reproduktionsarbeiten einsetzen, dann wird uns gesagt, wir sollen abwarten und auf die Parteipolitik in den Parlamenten vertrauen. Aber die Geschichte des Frauenwahlrechts lässt anderes als geeigneter erscheinen.

Als Frauen in Deutschland am 19. Januar 1919 das erste Mal wählen durften, war das ein großer Erfolg für die Frauenbewegung. Nach Jahrzehnte langem Kampf war eins ihrer zentralen Ziele erreicht worden. Die Einführung des Frauenwahlrechts steht in einer langen internationalen Tradition von Frauenkämpfen. Bereits Olympe de Gouges forderte 1791 - also zwei Jahre nach der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte - mit ihrer *Déclaration des droits de la Femme et de la Citoyenne*, dieselben Rechte und Pflichten für Frauen wie für Männer: „Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Mann an Rechten gleich. [...] Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen; sie muss gleichermaßen das Recht haben, die Bühne zu besteigen.“ Zwei Jahre später wurde Olympe de Gouges auf eben diesem Schafott, angeklagt als Royalistin und Revolutionsverräterin, hingerichtet. Dieser Schaupro-

zess richtete sich aber auch gegen ihren Einsatz für Frauenrechte. Ihr Engagement wurde als unerwünschter Eingriff in die männliche Politik verstanden.

Einen ebenfalls großen Einfluss auf die Einführung des Frauenwahlrechts hatte die britische Suffragetten Bewegung. Die Suffragetten organisierten sich in den 1870ern zunächst um gegen Zwangsuntersuchungen von Sexarbeiterinnen zu protestieren. Ihre Aktivitäten führten dazu, dass nach zwei Jahrzehnten die Zwangsuntersuchungen aufgehoben wurden. In dieser Zeit, beflügelt vom politischen Erfolg, entdeckten viele Frauen, wie viel sie politisch bewegen können. Sie organisierten sich neu und entwickelten neue Formen des politischen Protests und forderten ein allgemeines Wahlrecht für Frauen. Die Suffragetten waren von nun an Teil der politischen Landschaft Großbritanniens. Nach friedlichen Versammlungen und öffentlichem Protest scheiterte 1910 eine Gesetzesinitiative, die darauf abzielte, die bürgerlichen Rechte der Frauen auszuweiten. Die männliche bürgerliche Gesellschaft verspottete die Suffragetten und ihre umfassenden Forderungen.

Zum Epsom Derby, einem der ältesten britischen Pferderennen, stürzte sich Emily Davison vor das Pferd des britischen Königs George V. und



Emmeline Pankhurst war nach vielen Jahren des friedlichen Protestes nicht mehr damit zufrieden, Plakate zu kleben

Impressum

Projekt Revolutionäre Perspektive (PRP)

c/o
Infoladen Wilhelmsburg
Fährstraße 10
21107 Hamburg

web: prp-hamburg.org
twitter: [@prp_hamburg](https://twitter.com/prp_hamburg)
e-mail: prp@riseup.net

März 2019

V.i.S.d.P.: Karl Kock,
Mühlenfeld 107, 21077
Hamburg



verstarb vier Tage später. Während sich der britische König regelmäßig nach dem Gesundheitszustand des Jockeys und des Pferdes erkundigte, zeigte er kein Interesse an dem Zustand von Emily Davison. Für die Bewegung erneut ein Beweis dafür, wie beharrlich ihre Anliegen ignoriert wurden.

Emily Davison, deren Grabstein den Schriftzug „Taten nicht Worte“ ziert, ging damit als Märtyrerin in die Geschichte um das Frauenwahlrecht ein. Auch Emmeline Pankhurst war nach vielen Jahren des friedlichen Protestes nicht mehr damit zufrieden, Plakate zu kleben. Sie organisierte zunächst unangemeldete Demonstrationen, kettete sich an Zäunen fest und ließ sich öffentlichkeitswirksam festnehmen. Auch diese explizit gewaltlosen Protestformen ließen keine realen Erfolge erkennen. Die Bewegung weitete sich aus und radikalisierte sich. 1910 nahmen nahezu eine halbe Million Frauen an den Demonstrationen teil. Das männliche Establishment fühlte sich immer mehr bedroht von den Suffragetten und versuchte die Proteste mit roher Gewalt einzudämmen. Am 18. November 1910, auch als schwarzen Freitag bekannt, knüppelte die Londoner Polizei eine Frauendemonstration nieder, 80 Frauen wurden verhaftet.

Viele traten nach ihrer Inhaftierung in den Hungerstreik. Da einige in Folge der Zwangsernährung im Knast erkrankten, erließ das britische Parlament ein perfides Gesetz: Gefangene sollten von nun an aus dem Gefängnis entlassen werden, wenn sie auf Grund von Hungerstreiks und Zwangsernährung erkrankten. Nach ihrer Genesung wurden sie erneut inhaftiert. Diese Gesetzgebung zielte darauf ab, die Bewegung zu zermürben.

Der erste Weltkrieg führte vorerst zu einer Stagnation der Frauenkämpfe, aber auch zu einer Neuordnung der Gesellschaft. Die britischen Frauen durften eingeschränkt - gebunden an Besitz und Alter - 1918 das erste mal wählen. Ein egalitäres Wahlsystem wurde erst 1928 realisiert, zwei Wochen nach Emmeline Pankhursts Tod.

Die Suffragetten Bewegung durchlief alle Formen des Widerstands – Gesetzesinitiative, friedlicher Protest und militante Aktionen –, der Erfolg lag in der Beharrlichkeit, im stetig wachsenden Druck und der Bereitschaft zur Ausschöpfung aller Mittel. Die Schlussfolgerung aus diesem Kapitel der Frauenbewegung kann nur sein: Fortschritt wird nicht gewählt, Fortschritt wird erkämpft.